



Reint E. Groppe

Kommentar:

Manövriert sich die EZB in eine Falle? (S. 2)

Hans-Ulrich Brautzsch, Birgit Schultz

Aktuelle Trends:

Mindestlohn von 8,50 Euro:

Hohe Betroffenheit in arbeitsintensiven Branchen (S. 3)

Manuel Buchholz, Lena Tonzer

Risikobewertung von Staatsanleihen im Euroraum während
der Staatsschuldenkrise von Ansteckungseffekten getrieben (S. 4)

Albrecht Kauffmann

Im Fokus: Bevölkerungsentwicklung der ostdeutschen Städte
seit 1990 – Fiktion oder Wirklichkeit? (S. 8)

Brigitte Loose

IWH-Baumfrage im vierten Quartal 2014:

Baukonjunktur in Ostdeutschland schwächelt weiter (S. 12)

Cornelia Lang

IWH-Industrienumfrage im vierten Quartal 2014:
Geschäftslage hat sich zuletzt wieder verbessert (S. 15)



Manövriert sich die EZB in eine Falle?

Die EZB hat am 22. Januar 2015 beschlossen, in großem Umfang Anleihen öffentlicher Institutionen aus dem Euroraum, darunter auch der Nationalstaaten,

zu kaufen. Es gibt gute Gründe für diese Maßnahme: Marktbasiertere mittelfristige Inflationserwartungen sind zuletzt deutlich gesunken, die Inflationsrate ist tendenziell rückläufig und war zuletzt sogar negativ. Die Wahrscheinlichkeit einer deflationären Spirale hat sich erhöht, mit unabsehbaren Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung. Die schwache Verbraucherpreisentwicklung im Euroraum basiert auf mehreren Faktoren: der schleppenden Konjunkturerwartung, fallenden Ölpreisen und fiskalpolitischer Konsolidierung in einigen Euroländern (Spanien, Portugal, Irland).

Normalerweise würde eine Zentralbank in diesem Umfeld die Leitzinsen senken. Aufgrund der Nullzinsgrenze ist dieser Weg im Euroraum jedoch derzeit versperrt. Die Erfahrungen in den USA und Großbritannien haben gezeigt, dass in dieser Situation Anleihekäufe eine Alternative sein können, um Inflationserwartungen im positiven Bereich zu verankern, insbesondere dann, wenn nicht nur Staatspapiere, sondern auch Unternehmensanleihen oder verbriefte Kredite gekauft werden. Aufgrund des illiquiden und kleinen Marktes für verbriefte Kredite im Euroraum ist der Spielraum für Käufe in diesem Markt für die EZB allerdings begrenzt.

Darüber hinaus enthalten im Euroraum (aber nicht in den USA) auch die Umlaufrenditen einiger Staatsanleihen erhebliche Risikoprämien; die Rendite zehnjähriger Anleihen Italiens oder Spaniens liegt mehr als einen Prozentpunkt über der Rendite vergleichbarer deutscher oder französischer Papiere. Das ist wünschenswert, um bei diesen Ländern Budgetdisziplin zu erzeugen, aber es schlägt auch auf die Kreditzinsen der Unternehmen in diesen Ländern durch. Das Anleihekaufprogramm senkt die Risiko-

prämien und damit auch die Kreditzinsen in der Privatwirtschaft, so jedenfalls die Hoffnung der EZB. Das heißt, die Zentralbank betritt geldpolitisch für Europa Neuland, aber insgesamt ist ihre Entscheidung im gegenwärtigen Umfeld nachzuvollziehen.

Langfristig könnte die EZB sich allerdings in eine Falle manövrieren, nämlich dann, wenn die Regierungen im Euroraum die sinkenden Zinsen für zusätzliche Staatsschulden ausnutzen, statt weitere Strukturreformen einzuleiten. Eine solche expansive Fiskalpolitik dürfte die Konjunktur zwar kurzfristig anregen und wäre damit durchaus im Sinne der EZB, die inflationären Tendenzen zu verstärken und Deflation zu vermeiden. Das heißt aber auch, dass die Regierungen darauf spekulieren, dass die EZB mittelfristig für die Tragbarkeit der Schulden sorgt. Diese Spekulation birgt extremen wirtschaftspolitischen Zündstoff: Im Erfolgsfall der gegenwärtigen Geldpolitik (eine Inflationsrate von 2% im Euroraum) wäre die EZB aus geldpolitischer Sicht gezwungen, die Ausweitung ihrer Bilanz zurückzufahren (also Staatsanleihen zu verkaufen) und den Leitzins zu erhöhen. Wenn aber einige Mitgliedsländer die Zeit niedriger Zinsen nicht genutzt haben, um strukturelle Reformen durchzuführen und die öffentliche Verschuldung zu senken, könnte das bei diesen Mitgliedsländern zu ernsthaften fiskalischen Problemen führen. Die EZB könnte dann unter politischen Druck geraten, die hohe Verschuldung geldpolitisch weiter zu akkommodieren und dabei signifikant nach oben von ihrem Inflationsziel abzuweichen.

Die EZB genießt juristisch aufgrund des AEUV-Vertrags große Unabhängigkeit von der Politik. Wenn genug Mitgliedsländer in Schwierigkeiten wären, könnte diese Unabhängigkeit jedoch ernsthaft in Gefahr geraten – mit unabsehbaren langfristigen Folgen für die makroökonomische Stabilität im Euroraum. Die Verantwortung für den nachhaltigen Erfolg des Euro liegt somit nach der Ankündigung des Staatsanleiheprogramms durch die EZB mehr denn je in den Händen der nationalen Regierungen im Euroraum.

*Reint E. Gropp
Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle*

Aktuelle Trends

Mindestlohn von 8,50 Euro: Hohe Betroffenheit in arbeitsintensiven Branchen

Knapp ein Viertel der Arbeitnehmer in Ostdeutschland hatte im Jahr 2013 einen Bruttostundenlohn von weniger als 8,50 Euro. Dies zeigen vom IWH erstmals für das Jahr 2013 durchgeführte Berechnungen auf Basis aktueller Befragungsergebnisse.¹ Damit liegt der Anteil der unter diesem Stundensatz verdienenden Personen in etwa auf dem Vorjahreswert.² Besonders hoch ist dabei der Anteil in den arbeitsintensiven Branchen. Im Bereich Land- und Forstwirtschaft/Fischerei betrug dieser in Deutschland etwa ein Drittel; in Ostdeutschland war sogar fast die Hälfte aller Beschäftigten betroffen. Noch höher lag der Anteil im Gastgewerbe. In den Alten Bundesländern verdienten knapp die Hälfte der Arbeitnehmer und in den Neuen Bundesländern sogar etwa zwei Drittel weniger als 8,50 Euro je Stunde. Im Handel, der einen hohen Anteil an der Gesamtbeschäftigung hat, waren 41,5% im Osten und 18,3% im Westen betroffen. Deutlich geringer war der Anteil im – allerdings sehr heterogenen – Bereich öffentliche und private Dienstleister. Hier verdienten lediglich 10,3% der Arbeitnehmer weniger als den ab dem Jahr 2015 geltenden Mindestlohn. Der Anteil in Ostdeutschland war allerdings doppelt so hoch wie in Westdeutschland.

Tabelle:

Anteil der abhängig Beschäftigten^a mit einem Bruttostundenlohn^b von bis zu 8,50 Euro an den abhängig Beschäftigten insgesamt, Median-Bruttostundenlohn der Vollzeitbeschäftigten und Anzahl der Arbeitnehmer in Ost- und Westdeutschland^d

Wirtschaftsbereich	Anteil Beschäftigte mit Stundenlohn unter 8,50 Euro ^c			Median-Bruttostundenlohn der Vollzeitbeschäftigten in Euro ^c			Arbeitnehmer (Inland) in 1 000 Personen ^d		
	Ost	2013 West	D	Ost	2013 West	D	Ost	2012 West	D
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	48,6	21,0	32,3	8,87	12,52	11,02	108	223	331
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	20,0	6,4	8,5	11,48	17,00	15,69	954	6 610	7 564
Baugewerbe	20,2	6,8	9,9	11,82	14,42	14,14	380	1 594	1 974
Handel	41,5	18,3	23,2	10,96	12,69	12,12	646	4 503	5 149
Gastgewerbe	66,7	48,0	51,2	8,92	10,67	10,44	202	1 238	1 440
Verkehr; Nachrichtenübermittlung	22,9	8,1	11,4	13,09	15,58	15,00	381	2 573	2 954
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	26,9	10,7	13,6	15,29	20,16	19,15	777	5 250	6 027
öffentliche und private Dienstleister	16,0	8,9	10,3	14,65	17,16	16,41	1 714	9 907	11 621
insgesamt	24,2	10,6	13,2	12,69	16,34	15,58	5 162	31 898	37 060

^a Arbeiter, Angestellte und Beamte (mit einem Stundenverdienst von mindestens zwei Euro), ohne Ein-Euro-Jobber, Personen in Werkstätten für behinderte Menschen, Auszubildende und Praktikanten. – ^b Quotient aus Bruttonomatsverdienst und vereinbarter Arbeitszeit pro Monat (inklusive bezahlte Überstunden). – ^c Westdeutschland mit Berlin-West; Ostdeutschland mit Berlin-Ost. – ^d Westdeutschland mit Berlin; Ostdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP v30betabeta); Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des IWH.

In den von der Einführung des Mindestlohns am stärksten betroffenen Branchen war im Jahr 2013 der Median-Bruttostundenlohn³ der Vollzeitbeschäftigten besonders niedrig. So verdiente beispielsweise die Hälfte der ostdeutschen Beschäftigten im Bereich Land- und Forstwirtschaft/Fischerei 8,87 Euro und weniger, im Gastgewerbe waren es 8,92 Euro und im Handel 10,96 Euro.

Hans-Ulrich Brautzsch (Ulrich.Brautzsch@iwh-halle.de), Birgit Schultz (Birgit.Schultz@iwh-halle.de)

¹ Vgl. SOEP (SOEP v30beta), <http://www.diw.de/soep>. – ² Vgl. Brautzsch, H.-U. et al.: Ostdeutsche Wirtschaft: Kräftige Konjunktur im Jahr 2014, Rückstand gegenüber Westdeutschland verringert sich aber kaum mehr, in: Konjunktur aktuell, Jg. 2 (3) 2014, S. 124 (Kasten „Beschäftigungseffekte des Mindestlohns in Ostdeutschland“). – ³ Der Medianlohn gibt den Stundenlohn an, bei dem genau die Hälfte der Beschäftigten weniger bzw. mehr verdient.

Risikobewertung von Staatsanleihen im Euroraum während der Staatsschuldenkrise von Ansteckungseffekten getrieben

Manuel Buchholz, Lena Tonzer

Die europäische Staatsschuldenkrise hat in vielen Ländern zu Zinsaufschlägen auf Staatsanleihen geführt. Dies war vor allem in den Jahren 2010 und 2011 in Ländern wie Griechenland, Italien oder Spanien zu beobachten. Zur gleichen Zeit blieben die Kreditrisiken deutscher oder französischer Staatsanleihen auf einem moderaten Niveau. Trotz der unterschiedlichen Entwicklung in den Niveaus findet man ein hohes Maß an Gleichbewegung von Kreditrisiken in den Ländern des Euroraums. Dieser Beitrag untersucht, inwieweit dies durch strukturelle Ähnlichkeiten, internationale Verflechtungen und globale Marktentwicklungen erklärt werden kann.

Ansprechpartner: Manuel Buchholz (Manuel.Buchholz@iwh-halle.de), Lena Tonzer (Lena.Tonzer@iwh-halle.de)

JEL-Klassifikation: F30, F65, G01, G15

Schlagwörter: Staatsschuldenkrise, Ansteckungseffekte, Finanzmarktintegration

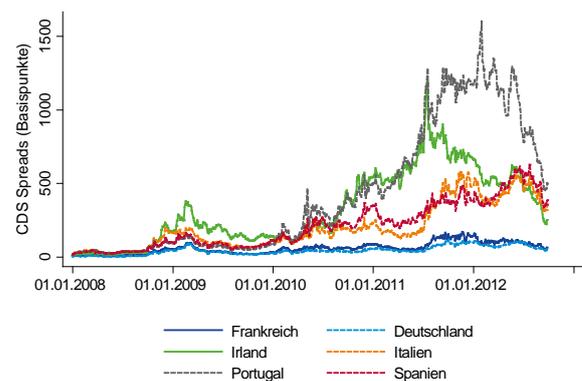
Mit Beginn der europäischen Staatsschuldenkrise im Jahr 2009 haben sich die Zinsen von Staatsanleihen stark auseinanderentwickelt. In den südlichen Peripherieländern des Euroraums, wie zum Beispiel Griechenland, Italien oder Spanien, waren hohe Zinsaufschläge zu verzeichnen, die ein gestiegenes Ausfallrisiko widerspiegeln. In den Kernländern des Euroraums wie Deutschland oder Frankreich blieben die Zinsaufschläge hingegen auf einem moderaten Niveau. Die veränderte Wahrnehmung der Investoren in Bezug auf Ausfallrisiken (Kreditrisiken) einzelner Staaten lässt sich auch bei Prämien der entsprechenden Kreditausfallversicherungen, der so genannten *Credit Default Swap (CDS) Spreads*, beobachten. Ein Credit Default Swap ist ein Kreditderivat zur Absicherung gegen die Zahlungsunfähigkeit eines Schuldners. Ähnlich wie Zinsaufschläge stellen die CDS Spreads ein Maß für das Ausfallrisiko von Staaten dar.

Trotz dieser divergierenden Entwicklung ist der Euroraum nach wie vor durch ein hohes Maß an Finanzmarktintegration gekennzeichnet, insbesondere dank der gemeinsamen Währung. Internationale Kapitalverflechtungen erleichtern dabei die Diversifizierung von Risiken und die effiziente Bereitstellung von Ressourcen über Ländergrenzen hinweg. Im Gegenzug jedoch können durch diese Verflechtungen in Krisenzeiten – über Verwerfungen in internationalen Handels-

oder Kapitalströmen – Schocks leichter von einem Land in das andere übertragen werden.

Abbildung 1:

Ausfallrisiken von Staatsanleihen in Kern- und Peripherieländern des Euroraums, Januar 2008 bis September 2012



IWH

Quelle: Thomson Reuters Datastream.

Abbildung 1 zeigt für den Zeitraum von Januar 2008 bis September 2012, dass die Divergenz der Ausfallrisiken von Staatsanleihen in Kern- und Peripherieländern des Euroraums im Laufe der Staatsschuldenkrise zugenommen hat. Dies kann mit einer veränderten Wahrnehmung der Investoren bezüglich der erwarteten

ten Solvenz von Staaten in den Peripherieländern erklärt werden.¹ Trotz dieser Unterschiede im Niveau erkennt man, dass sich Kreditrisiken von Staatsanleihen über die Kern- und Peripherieländer des Euro-raums hinweg in die gleiche Richtung bewegt haben.

Welche Kanäle übertragen Schocks?

In diesem Beitrag werden nicht die Gründe für die Divergenz im Niveau der Kreditrisiken von Staatsanleihen im Euroraum analysiert, sondern die Gründe für die Gleichbewegung der Kreditrisiken im zeitlichen Auf und Ab.² Besonderes Augenmerk liegt hierbei auf der Frage, inwiefern diese Gleichbewegung auf so genannte Ansteckungseffekte zurückzuführen ist. Diese liegen vor, wenn in Krisenzeiten negative Schocks stärker von einem auf ein anderes Land übertragen werden, als das in „normalen“ Zeiten der Fall wäre. Die Ansteckung kann über verschiedene Kanäle verlaufen. Die Studie untersucht, welche Kanäle Schocks übertragen und den Gleichlauf von Kreditrisiken beeinflussen. Die möglichen Kanäle lassen sich in drei Kategorien einteilen.

Erstens spielen strukturelle Ähnlichkeiten eine Rolle. Diese werden von Investoren im Krisenfall in mehreren Ländern gleichzeitig neu bewertet, wodurch sich deren wahrgenommene Kreditrisiken in die gleiche Richtung bewegen. Beispielsweise wurden die hohe Staatsverschuldung und Verwerfungen im Bankensektor als zunehmend problematisch für die zukünftige Tragfähigkeit des Staatshaushalts in Italien und Spanien eingestuft, nachdem Griechenland im November 2009 sein Fiskaldefizit nach oben korrigiert hatte. Auch kann eine vergleichbare strukturelle Situation im Bankensektor verschiedener Länder zu einer ähnlichen Entwicklung der Staatsschuldenrisiken führen. Das Zusammenspiel zwischen Risiken im

Banken- und Staatssektor wurde in verschiedenen Studien analysiert.³ Im Zuge der Finanzkrise richteten viele Staaten Rettungsprogramme für in Schieflage geratene Banken ein. Dies führte dazu, dass sich Risiken aus dem Bankensektor auf den Staatssektor übertrugen. Gleichzeitig erhöhte sich die Staatsverschuldung, da diese Programme vom Staat finanziert wurden. Eine höhere Staatsverschuldung wirkt sich wiederum negativ auf den Bankensektor aus: Zum einen halten Banken Staatsanleihen, deren Ausfallrisiko steigt, wenn die Solvenz des Staates durch hohe Überschuldung sinkt. Zum anderen ist ein hoch verschuldeter Staat weniger in der Lage, das Bankensystem zu unterstützen, sodass staatliche Garantien an Wert verlieren und Investoren dies bei der Bewertung von Bankaktien einpreisen.⁴

Ein zweiter Ansteckungskanal geht auf direkte Verflechtungen zwischen Ländern zurück. Plötzliche Veränderungen in den internationalen Handels- oder Kapitalströmen, ausgelöst durch einen Schock in einem Land, können negative Auswirkungen auf andere Länder haben. Während der Staatsschuldenkrise bestand zum Beispiel große Unsicherheit darüber, in welchem Ausmaß heimische Banken in ausländische Staatsanleihemärkte investiert hatten. Erleiden heimische Banken Verluste in ihrem Portfolio ausländischer Staatsanleihen, werden staatliche Ausfallrisiken quasi importiert, was zu einem Gleichlauf in- und ausländischer staatlicher Kreditrisiken führen kann.⁵ Ansteckungseffekte ergeben sich hierbei durch real existierende Verbindungen.

Im Gegensatz dazu beruht die internationale Übertragung von Schocks beim dritten Kanal auf Marktentwicklungen, die nicht auf Fundamentaldaten zurückgehen. So können Stimmungsschwankungen auf Aktienmärkten zu Panikverkäufen und anschließenden Preisverfällen oder Zinsaufschlägen führen, welche sich

¹ Attinasi, M.-G.; Checherita, C.; Nickel, C.: What Explains the Surge in Euro Area Sovereign Spreads During the Financial Crisis of 2007-09?, in: *Public Finance & Management*, Vol. 10 (4), 2010.

² Basis für diesen Beitrag ist Buchholz, M.; Tonzer, L.: Sovereign Credit Risk Co-movements in the Eurozone: Simple Interdependence or Contagion?, in: *EconStor Conference Paper*. Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik 2014: Evidenzbasierte Wirtschaftspolitik. Hamburg 2014.

³ Acharya, V. V.; Drechsler, I.; Schnabl, P.: A Pyrrhic Victory? Bank Bailouts and Sovereign Credit Risk, in: *The Journal of Finance*, Vol. 69 (6), 2014, 2689-2739.

⁴ Mink, M.; De Haan, J.: Contagion During the Greek Sovereign Debt Crisis, in: *Journal of International Money and Finance*, Vol. 34, April 2013, 102-113.

⁵ Bolton, P.; Jeanne, O.: Sovereign Default Risk and Bank Fragility in Financially Integrated Economies, in: *IMF Economic Review*, Vol. 59 (2), 2011, 162-194.

über mehrere Länder ausweiten. Diese Art der Übertragung von Schocks findet vor allem in Krisenzeiten statt, wenn unter Marktteilnehmern ein hohes Maß an Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung besteht.⁶

Höhere Gleichbewegung im Euroraum als in den Nicht-EWU-Ländern

Die diesem Beitrag zugrundeliegende Studie geht in drei Schritten vor, um die Gleichbewegung der Kreditrisiken und die Gründe dafür zu untersuchen. In einem ersten Schritt wird die Entwicklung der Ausfallrisiken auf Staatsanleihemärkten für 17 Länder analysiert, von denen elf Mitglied der Europäischen Währungsunion (EWU) sind (vgl. Tabelle). Der Zeitraum der Analyse erstreckt sich von 2008 bis 2012.

Tabelle:

Einteilung der Länder in Gruppen

Kernländer der EWU	Peripherieländer der EWU	EU	Nicht EU
Belgien	Griechenland	Dänemark	Japan
Deutschland	Irland	Schweden	Norwegen
Finnland	Italien	Großbritannien	USA
Frankreich	Portugal		
Niederlande	Spanien		
Österreich			

Quelle: Darstellung des IWH.

Die Prämien von Kreditausfallversicherungen für Staatsanleihen (CDS Spreads) werden dabei als Maß für das Kreditrisiko der einzelnen Staaten verwendet. In der Studie wird die Gleichbewegung dieser CDS Spreads über die Zeit für jedes Länderpaar in Form bedingter zeitvariierender Korrelationen berechnet.⁷ Je höher dabei die Korrelation, desto stärker die Gleichbewegung der beiden Länder.

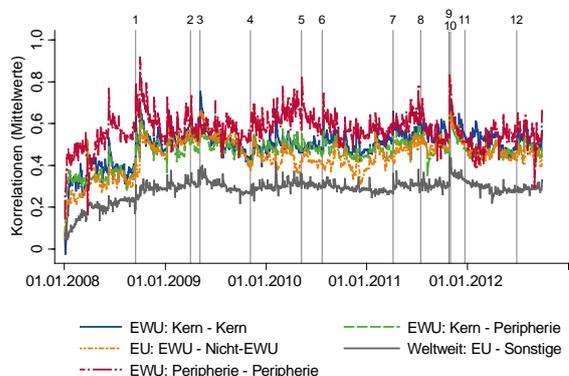
⁶ Bacchetta, P.; Tille, C.; Wincoop, E. van: Self-fulfilling Risk Panics, in: *American Economic Review*, Vol. 102 (7), 2012, 3674-3700. – Masson, P.: Contagion: Macroeconomic Models with Multiple Equilibria, in: *Journal of International Money and Finance*, Vol. 18 (4), 1999, 587-602.

⁷ Zur Methodik vgl. Buchholz, M.; Tonzer, L., a. a. O. – Vgl. auch Engle, R.: Dynamic Conditional Correlation: A Simple Class of Multivariate Generalized Autoregressive Conditional Heteroskedasticity Models, in: *Journal of Business & Economic Statistics*, Vol. 20 (3), 2002, 339-350.

Abbildung 2:

Korrelationen der Ausfallrisiken von Staatsanleihen innerhalb und außerhalb des Euroraums

CDS Spreads; Mittelwerte nach Ländergruppen



IWH

1: Lehman Brothers. – 2: G20-Impulspaket. – 3: zwölfmonatiges längerfristiges Refinanzierungsgeschäft (LRG). – 4: Griechisches Fiskaldefizit. – 5: Anleihekäufe der EZB. – 6: Ergebnis Stresstest. – 7: Portugal unter dem Rettungsschirm. – 8: Ergebnis Stresstest. – 9: Griechischer Schuldenschnitt. – 10: Neuer EZB-Präsident. – 11: 36-monatiges LRG. – 12: Spanien und Zypern unter dem Rettungsschirm.

Quelle: Thomson Reuters Datastream.

Abbildung 2 zeigt die durchschnittliche Stärke der Gleichbewegung pro Ländergruppe über die Zeit. Es wird offensichtlich, dass die Gleichbewegung in CDS Spreads auf Staatsanleihen nach der Insolvenz von Lehman Brothers im September 2008 angestiegen ist. Dieser Anstieg ist am höchsten für diejenigen Länderpaare, bei denen beide Länder der Peripherie des Euroraums zugeordnet werden können. Dies deutet auf die Rolle schwacher Fundamentaldaten und gemeinsamer struktureller Probleme als Übertragungskanäle hin. Im folgenden Zeitraum, der die Staatsschuldenkrise einschließt, bleibt die Gleichbewegung für diese Ländergruppe auf einem hohen Niveau. Gleichzeitig spiegeln sich zentrale Ereignisse der Krisenperiode in den Daten wider. So sieht man einen Anstieg im November 2009, als Griechenland ein unerwartet hohes fiskalisches Defizit verkündet. Im Gegensatz hierzu führt die Einrichtung der Rettungsprogramme im April 2010 zu einem Rückgang.

Der Verlauf der Gleichbewegung in den anderen Ländergruppen entwickelt sich ähnlich, wobei mit Beginn der europäischen Staatsschuldenkrise höhere Werte für die Länder des Euroraums beobachtet wer-

den können als für Nicht-EWU-Länder. Dies gilt unabhängig davon, ob es sich um die stabileren Kern- oder die schwächeren Peripherieländer handelt, und weist auf die Bedeutung der gemeinsamen Währung hin. In anderen Worten, die gemeinsame Zugehörigkeit zur Währungsunion scheint eine Gleichbewegung auch für Länderkombinationen mit unterschiedlichen Fundamentaldaten zu verursachen.

In einem zweiten Schritt wird die Frage beantwortet, ob und zu welchen Zeitpunkten die oben beschriebenen Anstiege der Gleichbewegung über die Zeit auch statistisch signifikant sind. Ein signifikanter Anstieg in der Gleichbewegung deutet an, dass sich in der Art und Weise, wie Schocks von einem in das andere Land übertragen werden, etwas fundamental geändert hat. Dies wird folglich als erster Hinweis für einen Ansteckungseffekt interpretiert.⁸ Dieser wird anschließend mit Blick auf die drei spezifischen Wirkungskanäle genauer untersucht.

Die Ergebnisse zeigen, dass sich Ansteckungseffekte um den Zeitpunkt der Insolvenz von Lehman Brothers konzentrieren. Während dieses Ergebnis für alle Ländergruppen gilt, gibt es in der nachfolgenden Zeit Unterschiede. So finden sich für die Peripherieländer des Euroraums verstärkt Hinweise auf Ansteckungseffekte während der europäischen Staatsschuldenkrise, die mit der Ankündigung des hohen griechischen Defizits im Jahr 2009 an Fahrt aufgenommen hat. Dies verdeutlicht wiederum die Verwundbarkeit von Staaten mit schwachen Fundamentaldaten, auf Basis derer Investoren ihre Wahrnehmung über das erwartete Kreditrisiko revidieren. Des Weiteren finden sich Ansteckungseffekte über den gesamten Beobachtungszeitraum und über alle Ländergruppen. Dies zeigt, dass die internationale Übertragung von Schocks während der Krise nicht auf einen Zeitpunkt beschränkt werden kann.

In einem dritten Schritt wird analysiert, welches die Gründe für die im zweiten Schritt identifizierten Ansteckungseffekte auf Staatsanleihemärkten sind. Hierbei findet keine Beschränkung auf nur einen möglichen Kanal statt. Vielmehr wird wie oben be-

schrieben sowohl der Effekt struktureller Ähnlichkeiten zwischen Ländern als auch die Rolle direkter und indirekter Verflechtungen über Ländergrenzen hinweg betrachtet.

Die Analyse zeigt, dass verschiedene Kanäle einen signifikanten Anstieg in der Gleichbewegung der Kreditrisiken verursachen. So weisen zum Beispiel Länder, die vergleichbare Staatsschuldenniveaus besitzen, einen stärker gleichgerichteten Verlauf auf. Gleiches gilt für Länder, deren Bankensysteme über Kapitalströme ein höheres Maß an Vernetzung aufweisen. Außerdem haben verstärkte Preisschwankungen an den Aktienmärkten, die höhere Unsicherheit unter den Marktteilnehmern abbilden, einen positiven Einfluss auf die Gleichbewegung bezüglich der Ausfallrisiken.

Was bedeutet dies für die Politik?

Zusammenfassend zeigt die Studie, dass die Entwicklung staatlicher Kreditrisiken der Länder des Euroraums während der Krise stärker aneinandergelockt ist als die der Länder außerhalb des Euroraums. Dies gilt trotz unterschiedlicher Fundamentaldaten und spiegelt die Rolle der gemeinsamen Währung sowie die Notwendigkeit gemeinsamer Politikmaßnahmen wider. Des Weiteren wird dokumentiert, dass Ansteckungseffekte nicht einem einzelnen Zeitpunkt zugeordnet sind und auf verschiedene Kanäle zurückgeführt werden können. Diese Ergebnisse implizieren, dass die Politik flexible und schnell einsetzbare Interventionsmaßnahmen zur Verfügung haben sollte.⁹ Während einerseits langfristige, strukturelle Reformen notwendig sind, um Ansteckungseffekte über Defizite im Staatshaushalt zu reduzieren, sind andererseits auch kurzfristige Maßnahmen erforderlich, die Einfluss auf Stimmungen und Erwartungen an den Märkten haben und dadurch Unsicherheit reduzieren können.

⁸ *Forbes, K. J.; Rigobon, R.*: No Contagion, Only Interdependence: Measuring Stock Market Comovements, in: *The Journal of Finance*, Vol. 57 (5), 2002, 2223-2261.

⁹ *Dietrich, D.; Holtemöller, O.; Lindner, A.*: Wege aus der Schulden- und Vertrauenskrise in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, in: *IWH, Wirtschaft im Wandel*, Jg. 16 (8), 2010, 370-375. – *Holtemöller, O.; Kneclik, T.*: Prävention und Management von Staatsinsolvenzen in der Europäischen Währungsunion, in: *Wirtschaftsdienst*, Jg. 91 (3), 2011, 173-178.

Im Fokus: Bevölkerungsentwicklung der ostdeutschen Städte seit 1990 – Fiktion oder Wirklichkeit?

Albrecht Kauffmann

Die Einwohnerzahl und ihre Entwicklung im Zeitverlauf sind zwei der wichtigsten Indikatoren für die Beurteilung der Perspektiven einer Stadt bzw. für die Wahl kommunalpolitischer Strategien. Auch für Investitions- und Standortentscheidungen von Unternehmen sind dies relevante Größen. Der Beitrag zeigt anhand einer Analyse für die 132 größten Städte Ostdeutschlands, dass die von der amtlichen Statistik veröffentlichten Bevölkerungszahlen, die periodisch auf der Grundlage von Fortschreibungen und Volkszählungen zum jeweiligen Gebietsstand ermittelt werden, die demographische Entwicklung der Städte nur bedingt widerspiegeln, da der Einfluss von Gebietsänderungen nicht ohne Weiteres erkennbar ist. Für einen aussagefähigen Städtevergleich ist es unabdingbar, territoriale Veränderungen z. B. infolge von Gemeindegebietsreformen zu berücksichtigen. Dies kann zu einer veränderten Sichtweise beim Vergleich der Entwicklung von Städten führen.

Ansprechpartner: Albrecht Kauffmann (Albrecht.Kauffmann@iwh-halle.de)

JEL-Klassifikation: J11, R12

Schlagwörter: Bevölkerungsentwicklung, Gemeindegebiet, Ostdeutschland, Städteranking

Für die Beurteilung der Entwicklung einer Stadt oder einer Region spielen Bevölkerungsmerkmale eine wichtige Rolle. Bei konstantem Gemeindegebiet ist die Veränderung der Einwohnerzahl einer Stadt auf Zu- und Abwanderung, Geburten und Sterbefälle zurückzuführen. Anders als bei aggregierten Betrachtungen auf der Ebene von Ländern oder Ost- und Westdeutschland¹ darf jedoch bei kommunalen Gebietskörperschaften nicht stillschweigend ein unveränderliches Territorium angenommen werden. Stattdessen schleicht sich – häufig unbeachtet – eine weitere Komponente in die Einwohnerentwicklung einer Stadt ein, wenn der Zuschnitt ihres Gemeindegebiets im betreffenden Zeitraum – am häufigsten als Folge von Eingemeindungen oder Gemeindezusammenschlüssen – eine bevölkerungswirksame Änderung erfährt. In den Neuen Bundesländern ist die Zahl der Gemeinden vor allem infolge von Gemeindegebietsreformen seit 1990 von 7 613 auf 2 674 (Stand zum 31.12.2014) zurückgegangen.

¹ Eine Darstellung der demographischen Entwicklung Ostdeutschlands findet sich z. B. in Blum, U. et al.: Ostdeutschlands Transformation seit 1990 im Spiegel wirtschaftlicher und sozialer Indikatoren. IWH-Sonderheft 1/2009, 2. akt. u. verbess. Aufl. Halle (Saale) 2010, Kapitel 2, 61-72.

Die scheinbar triviale Frage nach der Darstellung der Entwicklung von Städten und Gemeinden in konstanten Gemeindegrenzen lässt sich anhand der amtlichen Daten nicht unmittelbar beantworten.² Es ist jedoch möglich, spätere (z. B. die aktuellen) Gebietszuschnitte auf frühere Zeitpunkte zu übertragen. Die auf diese Weise für den frühen Zeitpunkt gewonnenen Einwohnerzahlen sind insofern fiktiv, als sie eine Bevölkerungsverteilung simulieren, welche vorläge, wenn die späteren Gemeindegebietsveränderungen schon früher stattgefunden hätten. Werden aus den heutigen und den früheren Einwohnerzahlen in konstant gehaltenen Gemeindegebieten Wachstumsraten ermittelt, muss bei deren Interpretation berücksichtigt werden, dass Eingemeindungen lokale Entwicklungsprozesse beeinflussen können. Dies gilt auch für Orte, die nicht selbst von Eingemeindungen betroffen waren. Manche Entwicklungen, die z. B. durch den Zugewinn neuer Flächen für Wohn- oder Gewerbegebiete in Gang ge-

² Der im Hinblick auf die Interpretation von Städterankings ebenfalls bedeutsamen Frage nach dem Verhältnis von Stadt und funktionaler Region wird im Rahmen dieses Beitrags nicht nachgegangen. Vgl. hierzu z. B. Kauffmann, A.: Delineation of City Regions Based on Commuting Interrelations: The Example of Large Cities in Germany. IWH-Diskussionspapiere Nr. 4/2012. Halle (Saale) 2012.

setzt wurden, wären heute in einem anderen Stadium, wenn Eingemeindungen oder Zusammenschlüsse zu einem früheren oder späteren Zeitpunkt stattgefunden hätten. Beim Städtevergleich des Bevölkerungswachstums in konstanten Gebietsgrenzen werden jene Bevölkerungszuwächse, die sich als Folge von Eingemeindungen für die betreffenden Städte ergeben, berücksichtigt. Aus einem solchen Vergleich lassen sich jedoch keine Aussagen darüber ableiten, wie die langfristige Entwicklung verlaufen wäre, wenn es keine Gemeindegebietsreformen gegeben hätte.³

Der vorliegende Beitrag beschreibt die Ermittlung von Bevölkerungsdaten in konstant gehaltenen Gemeindegebieten und analysiert die Ergebnisse für die 132 nach heutiger Abgrenzung im Jahre 1990 größten ostdeutschen Städte.⁴ Er weist aus, wie stark das Bevölkerungswachstum dieser Städte in konstant gehaltenen Grenzen vom amtlich berichteten Wachstum in den jeweiligen Grenzen abweicht, und er nimmt eine Gruppierung der Städte nach Mustern ihrer Wachstumsverläufe in konstanten Grenzen vor. Abschließend wird der Einfluss der Veränderungen von Gemeindegrenzen auf die Rangfolge der Städte im Hinblick auf ihr Bevölkerungswachstum gezeigt.

Amtliche Bevölkerungsstatistik reflektiert nicht die demographische Entwicklung der meisten ostdeutschen Städte

In Deutschland werden die Ergebnisse der Fortschreibung der Bevölkerungszahlen vierteljährlich für alle

³ Kauder, B.: Incorporation of Municipalities and Population Growth: A Propensity Score Matching Approach, in: *Papers in Regional Science*, 2014 (doi:10.1111/pirs.12148) untersucht die Wirkung von Eingemeindungen auf die Bevölkerungsentwicklung von Umlandgemeinden kreisfreier (west-)deutscher Städte von 1961 bis 2008. Hierbei zeigt sich, dass kleine Gemeinden nach ihrer Eingemeindung in eine kreisfreie Stadt stärker gewachsen sind, als dies ohne Eingemeindung der Fall gewesen wäre. Bei großen Gemeinden ist der Effekt nicht signifikant. Effekte für Gemeinden, die sich nicht im Umland einer kreisfreien Stadt befanden, werden hierbei allerdings nicht untersucht.

⁴ Die Auswahl erfolgte anhand des Kriteriums, dass die Städte zum 31.12.1990 eine Einwohnerzahl von mindestens 20 000 aufgewiesen hätten, wenn ihre zum 31.12.2013 bestehenden Verwaltungsgrenzen bereits damals gezogen worden wären. „Ostdeutschland“ umfasst die fünf Neuen Bundesländer und das Land Berlin.

Gemeinden vom Statistischen Bundesamt *zum jeweiligen Gebietsstand* veröffentlicht; darüber hinaus gibt es eine Jahresausgabe des Gemeindeverzeichnisses (Stichtag 31.12.), die mit der jährlich herausgegebenen Liste der Gemeindegebietsänderungen korrespondiert. Diese Daten sind für (Gesamt-)Deutschland seit 1990 verfügbar.

Kasten:

Transformation von Gebietsständen

Das Gemeindeverzeichnis enthält u. a. die amtlichen Gemeindegrenzen (AGS), Namen sowie Angaben zu Bevölkerung und Fläche aller Gemeinden und gemeindefreien Gebiete Deutschlands. Die Liste der Gemeindegebietsänderungen enthält Angaben zu Änderungen des Namens und des AGS sowie zu Bevölkerungs- und Gebietsübergängen. Sind die bevölkerungsrelevanten Veränderungen vollständig erfasst, können – ausgehend von einem Basisjahr, z. B. 1990 – anhand dieser Angaben die Bevölkerungszahlen des jeweiligen Basisjahres in Jahresschritten auf den jeweils nächsten Gebietsstand umgerechnet werden. Im Fall von Zusammenschlüssen im laufenden Jahr werden hierbei die Bevölkerungszahlen der Gemeinden zum Vorjahresende addiert. Im Falle von Aufspaltungen oder Teilausgliederungen werden die Anteile entsprechend den Angaben aus der jeweiligen Liste der Gemeindegebietsänderungen ermittelt.

In Tabelle 2 am Ende des Beitrags sind zwei Wachstumsraten der Einwohnerzahlen der 132 Städte einander gegenübergestellt. Die erste Wachstumsrate (Spalte 2) ergibt sich aus dem Bevölkerungszuwachs zwischen 1990 und 2013 für jenes Gebiet, das die Gemeinde zum Stichtag 31.12.2013 umfasste, in Prozent der Bevölkerungszahl dieses Gebiets 1990. Die zweite Wachstumsrate (Spalte 3) wurde aus den in den Gemeindeverzeichnissen für 1990 und 2013 für diese Städte in ihren jeweiligen Abgrenzungen veröffentlichten Einwohnerzahlen, bezogen auf die Einwohnerzahl in den Grenzen von 1990, ermittelt. Die in Spalte 4 mitgeteilte Zahl der am heutigen Stadtgebiet beteiligten Gemeinden in den Grenzen von 1990 gibt Auskunft darüber, ob eine bevölkerungsrelevante Veränderung des Gemeindegebiets stattgefunden hat. Nur 18 der 132 Städte sind hiervon nicht betroffen, d. h., Spalte 4 weist eine „1“ aus (z. B. Falkensee, Halle (Saale) oder Weißwasser/O.L.). In

allen anderen Fällen wird ein mehr oder weniger deutlich größeres Wachstum ausgewiesen, wenn vom Gebietsstand von 1990 ausgegangen wird.⁵ In 19 Fällen ändert sich nicht nur der Betrag, sondern auch das Vorzeichen der Wachstumsrate; d. h., hinter dem positiven Bevölkerungswachstum einer Stadt, das bei Betrachtung der für den jeweiligen Gebietsstand veröffentlichten Bevölkerungszahlen ermittelt wird, kann ursächlich auch der Gebietszuwachs stehen; ohne diesen ergäbe sich ein Bevölkerungsrückgang. Zu diesen Städten zählen z. B. Bad Langensalza, Leipzig, Ludwigfelde sowie viele Städte Sachsen-Anhalts, deren Territorium sich im Zuge der Gemeindegebietsreform von 2009 bis 2011 stark vergrößert hat. In den meisten der 132 Städte – aber nicht in allen – war die Bevölkerungsentwicklung in konstanten Grenzen rückläufig, und zwar in einem breiten Spektrum mit unterschiedlichen Tendenzen, die zu unterschiedlichen Mustern von Wachstumsverläufen verdichtet werden können.

Ende des Schrumpfens tatsächlich erst in wenigen Fällen erreicht

Für die Analyse des Bevölkerungswachstums im Zeitverlauf wurden gleitende Durchschnitte dreier aufeinanderfolgender Jahre gebildet, deren Zeitreihen von 1991 bis 2012 reichen.⁶ Weist eine solche Zeitreihe ein Minimum zwischen 1991 und 2012 auf, wird von einem „U-förmigen Verlauf“ gesprochen, wenn das Wachstum nach Durchschreiten des Minimums ein gewisses Mindestmaß (1% insgesamt) überschreitet. Diese Städte haben also (in konstanter Gebietsabgrenzung) wieder zu wachsen begonnen. Ist das Wachstum danach positiv, aber höchstens 1%, wird dies als „L-förmiger Verlauf“ bezeichnet. Von einem „L-förmigen Verlauf“ soll hier auch in Fällen negativen Wachstums nach 2007 gesprochen werden,

⁵ Der Anteil der Eingemeindungen am Wachstum kann nur für einzelne Perioden quantifiziert werden; er ergibt sich nicht als Differenz der Wachstumsraten in den Spalten 2 und 3.

⁶ Hauptgrund hierfür ist der Strukturbruch in den Zeitreihen, der durch das Ende der Fortschreibung des Bevölkerungsstands früherer Jahre bis 2011 und die 2012 einsetzende Fortschreibung der Volkszählung von 2011 entsteht. Der gleitende Durchschnitt wurde als arithmetisches Mittel der jeweils laufenden, vorangehenden und nachfolgenden Periode bestimmt.

wenn dieses den Wert von $-3,5\%$ insgesamt nicht unterschreitet. In beiden Fällen sind die Schrumpfungsprozesse stark rückläufig; im ersten Fall ist eine Phase des Null-Wachstums bereits erreicht. Tabelle 1 zeigt die Häufigkeitsverteilung der sich anhand dieser Kriterien ergebenden Wachstumsverläufe. In Tabelle 2 sind die Städte entsprechend dieser Gruppierung aufgelistet; die Reihenfolge innerhalb der Gruppen folgt der Wachstumsrate in Spalte 2.

Tabelle 1:

Stilisierte Verläufe des Bevölkerungswachstums in 132 ostdeutschen Städten und ihre Verteilung

Verlauf	Anzahl der Städte
permanentes Bevölkerungswachstum	2
U-förmig mit Zuwachs seit 1990	7
U-förmig mit Verlusten seit 1990	8
L-förmig, Rückgang gestoppt	2
L-förmig, noch leichte Verluste	12
permanenter Bevölkerungsrückgang	101

Quelle: Gemeindeverzeichnisse und Listen der Gebietsänderungen des Statistischen Bundesamtes; Berechnungen des IWH.

Bei der Interpretation von Rankings ist Vorsicht geboten

In Tabelle 2 sind neben den Wachstumsraten der 132 Städte in konstanten und variablen Grenzen des Gemeindegebiets auch die entsprechenden Rangzahlen dieser Wachstumsraten einander gegenübergestellt (Spalten 5 und 6). Diese fallen aufgrund des verzerrenden Einflusses von Änderungen des Gebietszuzchnitts auf die Wachstumsraten der Einwohnerzahlen entsprechend unterschiedlich aus. Dies unterstreicht, wie wichtig es ist, bei der Interpretation von Städterankings nicht nur die Relation einer Stadt zu den Grenzen ihrer (oder einer anderen) wie auch immer gearteten funktionalen Region, sondern auch die der Ermittlung dynamischer Kennziffern zugrundeliegenden Gebietszuschnitte zu berücksichtigen. Zum Städtevergleich im Hinblick auf ihre demographische oder wirtschaftliche Entwicklung müssen auch Kennzahlen herangezogen werden, die sich auf ein und dasselbe Gebiet beziehen.

Tabelle 2:

Bevölkerungswachstum von 132 Städten von 1990 bis 2013 (in %) in konstanten Gemeindegebieten von 2013 (2) und in Gemeindegebieten 1990 und 2013 (3), Anzahl der 1990 am Territorium 2013 beteiligten Gemeinden (4) und Rangzahlen beider Wachstumsraten (5 und 6)

Wachstum in Verwaltungsgrenzen						Wachstum in Verwaltungsgrenzen					
von 2013			1990/2013			von 2013			1990/2013		
1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6
<i>permanentes Bevölkerungswachstum:**</i>						<i>permanenter Bevölkerungsrückgang (Fortsetzung):</i>					
Falkensee	87,1	87,1	1	1	3	Blankenburg (Harz)	-24,2	12,1	8	62	13
Bernau bei Berlin	47,8	90,0	6	2	1	Spremberg	-24,2	-7,4	8	63	38
<i>U-förmig mit Zuwachs seit 1990:</i>						Torgau	-24,2	-9,6	9	64	43
Königs Wusterhausen	15,6	89,1	8	3	2	Wurzen	-24,3	-10,7	4	65	53
Oranienburg	13,2	46,5	8	4	7	Bautzen	-24,3	-18,5	8	66	78
Potsdam	9,6	15,5	10	5	11	Großenhain	-24,4	-1,0	14	67	30
Radebeul	7,5	7,5	1	6	21	Zeulenroda-Triebes	-24,5	-4,1	24	68	33
Hennigsdorf	4,0	5,8	2	7	24	Oschersleben (Bode)	-24,9	17,2	13	69	9
Dresden	3,8	8,2	21	8	18	Parchim	-25,2	-25,2	1	70	102
Jena	2,0	5,0	9	9	26	Köthen (Anhalt)	-25,3	-18,8	7	71	80
<i>U-förmig mit Verlusten seit 1990:</i>						Zerbst/Anhalt	-25,5	21,2	25	73	8
Berlin	-0,3	-0,3	1	10	29	Saalfeld/Saale	-25,8	-23,9	3	75	95
Weimar	-1,4	5,0	9	11	27	Lutherstadt Wittenberg	-26,0	-5,9	12	76	34
Ludwigsfelde	-2,1	10,6	9	12	14	Döbeln	-26,4	-19,1	5	77	82
Leipzig	-4,6	4,0	26	13	28	Bad Salzungen	-26,6	-26,6	1	78	110
Erfurt	-8,7	-2,0	19	15	32	Sondershausen	-26,7	-6,3	11	79	37
Greifswald	-14,8	-14,8	1	20	62	Apolda	-26,7	-18,0	7	80	72
Magdeburg	-17,7	-17,1	4	30	67	Prenzlau	-26,7	-18,4	9	81	77
Rostock	-18,0	-18,0	1	31	74	Dessau-Roßlau	-26,7	-24,9	8	82	99
<i>L-förmig, Rückgang gestoppt:</i>						Merseburg	-26,9	-22,1	4	83	93
Freital	-4,7	-1,9	2	14	31	Rudolstadt	-27,1	-25,3	5	84	104
Ilmenau	-15,7	-8,8	4	22	42	Bernburg (Saale)	-27,1	-15,1	9	85	64
<i>L-förmig, noch leichte Verluste:</i>						Eberswalde	-27,2	-26,1	5	86	108
Strausberg	-11,0	-9,7	2	17	44	Sömmerda	-27,2	-17,3	6	87	69
Waren (Müritzt)	-13,1	-13,1	1	19	57	Meerane	-27,3	-27,3	1	88	111
Eisenach	-16,2	-8,1	10	24	40	Eilenburg	-27,7	-25,1	2	89	101
Gotha	-20,2	-18,7	3	37	79	Annaberg-Buchholz	-27,8	-18,0	4	90	73
Stralsund	-21,3	-21,3	1	43	89	Leinefelde-Worbis	-27,9	-9,8	8	91	45
Meißen	-22,5	-21,5	2	48	91	Schönebeck (Elbe)	-28,3	-25,1	4	93	100
Luckenwalde	-23,0	-21,4	3	51	90	Stendal	-28,6	-17,5	17	94	70
Brandenburg/Havel	-23,2	-21,0	6	52	88	Quedlinburg	-28,9	-28,9	4	95	114
Chemnitz	-23,2	-17,7	9	53	71	Görlitz	-28,9	-25,2	6	96	103
Halle (Saale)	-25,4	-25,4	1	72	105	Neubrandenburg	-28,9	-28,9	1	97	115
Cottbus	-25,8	-20,9	11	74	87	Gera	-29,2	-26,4	12	98	109
Schwerin	-28,1	-28,1	1	92	112	Reichenbach i. Vogtl.	-29,5	-23,9	5	99	94
<i>permanenter Bevölkerungsrückgang:</i>						Aschersleben	-29,6	-14,0	12	100	59
Neuruppin	-10,6	12,7	14	16	12	Forst (Lausitz)	-29,6	-25,9	7	101	106
Fürstenwalde/Spree	-11,1	-10,0	2	18	48	Lutherstadt Eisleben	-29,7	-6,1	11	102	35
Gardelegen	-15,1	76,7	30	21	4	Borna	-29,8	-16,7	5	103	66
Wernigerode	-16,0	-6,2	6	23	36	Finsterwalde	-30,0	-28,5	2	104	113
Limbach-Oberfrohna	-16,3	8,0	6	25	19	Thale	-31,0	7,9	10	105	20
Plauen	-16,5	-10,9	9	26	54	Genthin	-31,2	-12,0	6	106	56
Naumburg (Saale)	-16,9	10,4	12	27	15	Schwarzenberg/Erzgeb.	-31,3	-14,3	5	107	60
Pirna	-17,1	-9,9	3	28	47	Zwickau	-31,3	-20,1	19	108	84
Grimma	-17,2	61,3	21	29	5	Lübbenau/Spreewald	-31,5	-20,9	11	109	86
Schmalkalden	-18,6	16,6	9	32	10	Schneeberg	-31,6	-29,3	2	110	116
Salzwedel	-18,6	5,3	21	33	25	Senftenberg	-31,9	-15,2	7	111	65
Bad Langensalza	-19,2	6,6	13	34	22	Löbau	-32,0	-10,4	9	112	51
Delitzsch	-19,4	-7,6	9	35	39	Aue	-32,0	-32,0	1	113	119
Nordhausen	-20,2	-9,9	13	36	46	Staßfurt	-32,1	6,1	10	114	23
Coswig	-20,5	-20,5	1	38	85	Frankfurt (Oder)	-32,6	-32,6	1	115	122
Freiberg	-20,5	-17,2	3	39	68	Riesa	-32,8	-30,8	5	116	118
Meiningen	-20,7	-18,1	2	40	75	Sangerhausen	-33,6	-14,9	15	117	63
Haldensleben	-21,0	-10,1	5	41	49	Hettstedt	-33,9	-30,3	3	118	117
Glauchau	-21,1	-10,1	4	42	50	Altenburg	-35,3	-32,6	4	119	121
Halberstadt	-21,7	-11,1	8	44	55	Ebersbach-Neugersdorf	-36,1	-36,1	2	120	126
Sonneberg	-21,8	-10,4	8	45	52	Zittau	-36,8	-24,7	6	121	98
Weißenfels	-22,0	8,3	13	46	17	Greiz	-37,7	-34,3	12	122	124
Marienberg	-22,5	54,6	12	47	6	Suhl	-37,8	-34,8	5	123	125
Arnstadt	-22,8	-18,1	3	49	76	Lauchhammer	-38,0	-32,1	3	124	120
Burg	-22,9	-13,4	7	50	58	Zeititz	-38,1	-26,1	9	125	107
Neustrelitz	-23,3	-21,9	3	54	92	Wittenberge	-38,6	-38,1	2	126	127
Mühlhausen/Thüringen	-23,4	-19,6	5	55	83	Schwedt/Oder	-42,5	-39,7	10	127	128
Rathenow	-23,5	-19,0	6	56	81	Bitterfeld-Wolfen	-42,6	-33,3	8	128	123
Werdau	-23,7	9,7	5	57	16	Guben	-45,2	-44,4	4	129	129
Crimmitschau	-23,8	-14,4	5	58	61	Eisenhüttenstadt	-46,1	-45,8	2	130	130
Güstrow	-23,9	-23,9	1	59	96	Hoyerswerda	-49,8	-47,1	6	131	131
Wismar	-23,9	-23,9	1	60	97	Weißwasser/O.L.	-51,2	-51,2	1	132	132
Auerbach/Vogtl.	-24,1	-8,4	5	61	41						

* Gemeinden, von denen weniger als 5% der Bevölkerung zur neuen Gemeinde umgemeindet wurden, werden hier nicht mitgezählt. – ** Gruppen des Entwicklungsverlaufs nach Tabelle 1.

Quelle: Gemeindeverzeichnisse und Listen der Gebietsänderungen des Statistischen Bundesamtes; Berechnungen des IWH.

IWH-Bauumfrage im vierten Quartal 2014: Baukonjunktur in Ostdeutschland schwächelt weiter

Brigitte Loose

Das Geschäftsklima im ostdeutschen Baugewerbe hat sich laut Umfrage des IWH am Jahresende 2014 weiter eingetrübt. Die Unternehmen bewerten ihre Geschäftslage und ihre Geschäftsaussichten nun bereits das dritte Mal in Folge schlechter als im Quartal zuvor (vgl. Abbildung 1). Das Stimmungshoch zu Beginn des Jahres 2014 und die Anpassungsreaktionen im Sommer sind allerdings zu einem erheblichen Teil auch Sondereinflüssen zuzurechnen. Witterungsbedingt und aufgrund noch anstehender Maßnahmen

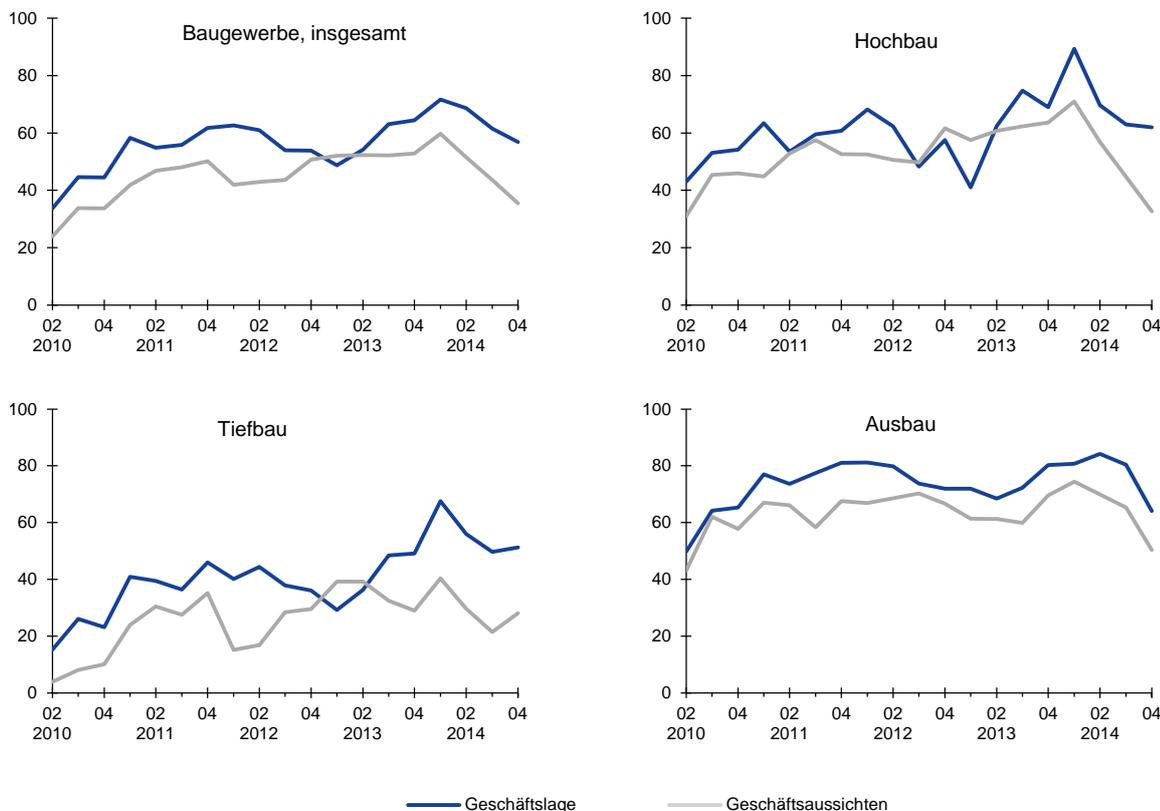
zu Beseitigung der Flutschäden war es im Verlauf des Jahres 2014 am Bau zunächst zu einer Über- und später zu einer Unterzeichnung der konjunkturellen Entwicklung gekommen

Die über das gesamte Jahr 2014 gemittelten Saldenurteile der Unternehmen zur Geschäftslage – ein Versuch, die Sondereffekte über das Jahr zu glätten – liegen allerdings immer noch sieben Punkte über dem mittleren Saldowert des Jahres 2013 (vgl. Tabelle). Auch das langfristige Mittel wird weiterhin deutlich

Abbildung 1:

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe

Salden^a, saisonbereinigte Quartalswerte



IWH

^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die [IWH-Website](#), „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Bauumfragen.

überschritten. Gleichwohl zeigt sich insbesondere an den bis in den Frühsommer 2015 reichenden Geschäftsaussichten, dass die Bauunternehmen angesichts der allgemeinen gesamtwirtschaftlichen Schwäche in Deutschland von einer zunächst noch anhaltenden Eintrübung am Bau ausgehen. Die Salden der Aussichten liegen inzwischen deutlich unter dem mittleren Niveau der vorangegangenen beiden Jahre. Diese Tendenz zieht sich durch alle Sparten, wenngleich mit unterschiedlicher Intensität. Etwas weniger kritisch werden die Liquidität und die Ertragsenerwartungen beurteilt, was wohl zu einem Großteil am günstigen Ölpreis liegen dürfte.

Deutlich verschlechterte sich das Geschäftsklima im Hochbau. Dies liegt weniger an der Geschäftslage zum Jahresende – sie wird nur geringfügig schlechter

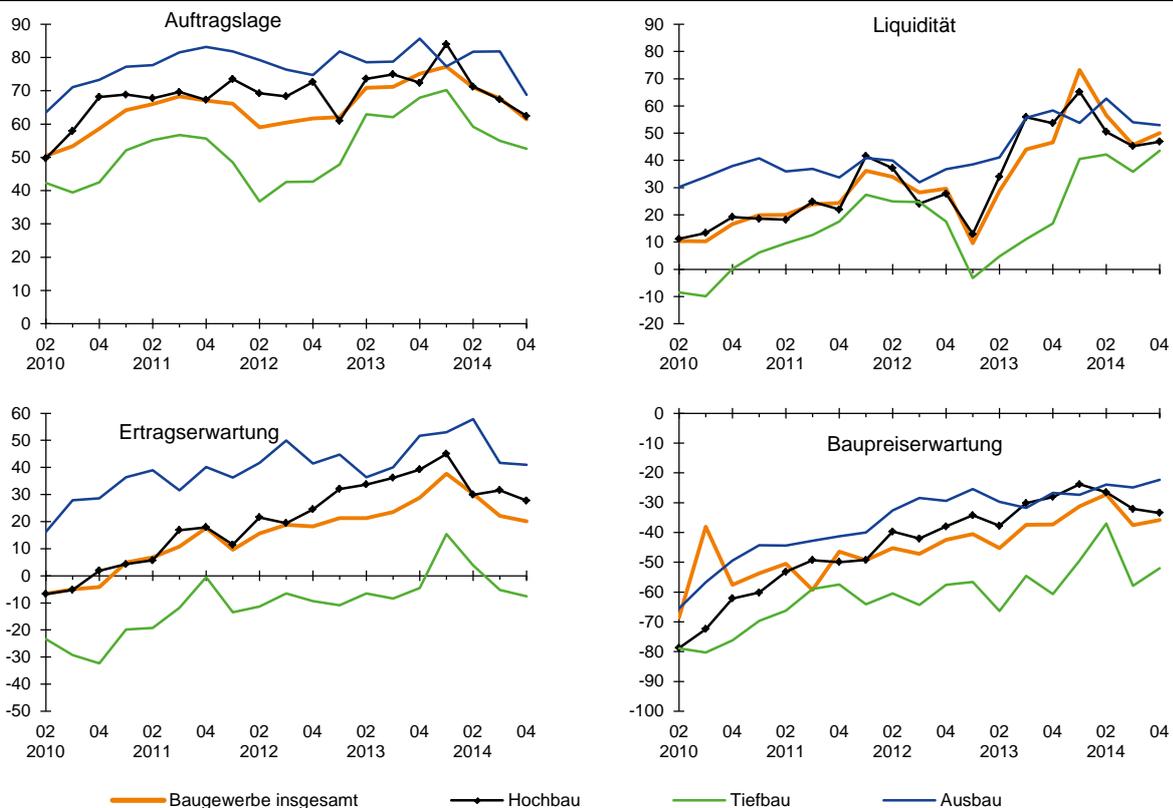
als noch im Herbst bewertet. Entscheidend ist die Abwärtskorrektur bei den Aussichten für die nächsten sechs Monate; hier wird der mittlere Jahreswert um fast 20 Saldenpunkte unterschritten. Die verbreitete Skepsis der Hochbauunternehmen zeigt sich auch deutlich an der abwärtsgerichteten Auftragslage (vgl. Abbildung 2 und Tabelle). Angesichts der unterausgelasteten Kapazitäten investieren die Unternehmen seit dem Frühjahr tendenziell weniger. Aber auch im Wohnungsbau kann das hohe Auftragsvolumen der vergangenen Jahre wohl nicht gehalten werden. Im öffentlichen Hochbau nehmen die Impulse angesichts der auslaufenden Baumaßnahmen zur Beseitigung von Flutschäden ab.

Brigitte.Loose@iwh-halle.de

Abbildung 2:

Auftragslage, Liquidität, Ertrags- und Baupreiserwartungen laut IWH-Baumfragen

Salden^a, saisonbereinigte Quartalswerte



IWH

^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („guten“ bzw. „eher guten“) und negativen („schlechten“ bzw. „eher schlechten“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die IWH-Website, „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Baumfragen.

Tabelle:

Ergebnisse der IWH-Umfragen im ostdeutschen BaugewerbeSalden^a, saisonbereinigte Quartalswerte

	4/12	1/13	2/13	3/13	4/13	1/14	2/14	3/14	4/14
Baugewerbe									
Lage	54	49	54	63	64	72	69	61	57
Aussichten	51	52	52	52	53	60	51	44	35
Produktion	46	32	50	53	59	75	59	59	55
Auftragslage	62	62	71	71	75	77	71	68	61
Liquidität	30	10	29	44	47	73	57	46	50
Baupreise	-49	-52	-45	-41	-39	-31	-32	-31	-34
Produktionserwartungen	46	46	47	48	51	59	50	41	42
Ertragserwartungen	18	21	21	24	29	38	30	22	20
Baupreiserwartungen	-42	-41	-45	-37	-37	-31	-27	-37	-36
Hochbau									
Lage	58	41	62	75	69	89	70	63	62
Aussichten	62	57	61	62	64	71	57	45	33
Produktion	56	31	60	67	66	93	64	58	54
Auftragslage	73	61	74	75	72	84	71	67	62
Liquidität	28	13	34	56	54	65	51	33	37
Baupreise	-47	-46	-34	-34	-25	-22	-29	-20	-29
Produktionserwartungen	54	54	55	58	54	63	50	41	51
Ertragserwartungen	25	32	34	36	39	45	30	32	28
Baupreiserwartungen	-38	-34	-38	-30	-28	-24	-27	-32	-33
Tiefbau									
Lage	36	29	36	48	49	68	56	50	51
Aussichten	30	39	39	32	29	40	30	21	28
Produktion	23	12	24	28	37	51	44	43	43
Auftragslage	43	48	63	62	68	70	59	55	53
Liquidität	18	-3	5	11	17	40	42	36	44
Baupreise	-66	-67	-65	-63	-64	-59	-52	-53	-48
Produktionserwartungen	25	29	31	28	34	47	33	24	22
Ertragserwartungen	-9	-11	-7	-8	-5	15	4	-5	-8
Baupreiserwartungen	-58	-57	-66	-55	-61	-49	-37	-58	-52
Ausbau									
Lage	72	72	69	72	80	81	84	80	64
Aussichten	67	61	61	60	70	74	70	65	50
Produktion	64	58	70	65	74	78	68	76	67
Auftragslage	75	82	79	79	86	77	82	82	69
Liquidität	37	39	41	56	58	54	63	54	53
Baupreise	-33	-40	-36	-28	-29	-17	-17	-20	-23
Produktionserwartungen	61	58	58	57	67	71	69	61	55
Ertragserwartungen	42	45	36	40	52	53	58	42	41
Baupreiserwartungen	-29	-25	-30	-32	-27	-27	-24	-25	-22

^a Die Salden der dargestellten Größen werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („guten“ bzw. „eher guten“) und negativen („schlechten“ bzw. „eher schlechten“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen als Ursprungswerte und in saisonbereinigter Form siehe die [IWH-Website](#), „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Baumfragen.

IWH-Industrienumfrage im vierten Quartal 2014: Geschäftslage hat sich zuletzt wieder verbessert

Cornelia Lang

Das Verarbeitende Gewerbe in Ostdeutschland zeigt sich am Jahresende 2014 zufriedener mit der Geschäftstätigkeit als im dritten Quartal. Das zeigen die Ergebnisse der IWH-Industrienumfrage unter knapp 300 Unternehmen. Die aktuelle Geschäftslage wird um sechs Saldenpunkte besser als im Vorquartal beurteilt, die Aussichten verbessern sich um einen Saldenpunkt (vgl. Abbildung 1 und Tabelle). Beide Komponenten befinden sich weiterhin auf hohem Niveau und liegen über den Vorjahreswerten. Die Zufriedenheit mit der Produktion und der Auftrags-

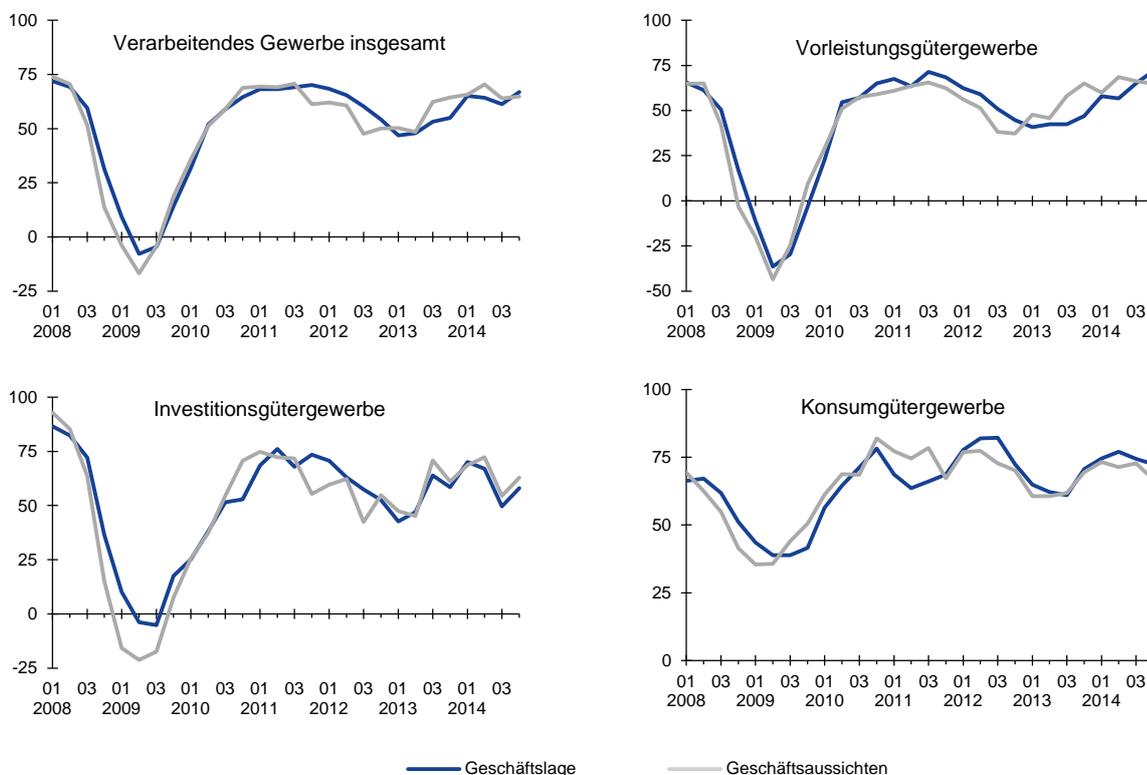
lage ist jeweils einen Saldenpunkt höher als im Vorquartal, und bezüglich der Produktionserwartungen sind es zwei Punkte (vgl. Abbildung 2 und Tabelle). Insgesamt deuten die Indikatoren auf eine moderate konjunkturelle Belebung hin.

Die Befragungsergebnisse aus dem Vorleistungsgütergewerbe unterstreichen diese Botschaft. So meldet die Sparte zum zweiten Mal in Folge eine deutliche Verbesserung ihrer Geschäftslage. Der Saldo war letztmalig im Jahr 2011 auf so hohem Niveau. Gegenüber dem Vorquartal haben sich auch die Einschätzungen der

Abbildung 1:

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe

Salden^a, saisonbereinigte Quartalswerte



IWH

^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („gut“ bzw. „eher gut“) und negativen („schlecht“ bzw. „eher schlecht“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die IWH-Website, „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Auftragslage und die Produktionserwartungen deutlich verbessert. Das hohe Niveau der Geschäftserwartungen bleibt zum Jahresende bestehen (vgl. Tabelle).

Dass die ostdeutsche Industrieproduktion wieder Impulse erhält, zeigt sich auch bei den Herstellern von Investitionsgütern. Nach der konjunkturellen Schwächephase im dritten Quartal deutet sich nunmehr eine leichte Erholung an. Die Bewertung der aktuellen Lage hat sich gegenüber dem Vorquartal um acht Saldenpunkte verbessert, die Aussichten für die nächsten sechs Monate werden im Saldo neun Punkte besser beurteilt. Trotz dieser positiven Signale erreicht die Sparte bei beiden Komponenten noch nicht wieder das Niveau vom Sommer 2014. Die positivere Beurteilung der Geschäfte im Vergleich zum Vorquartal resultiert wohl vor allem aus der höheren Zufriedenheit mit der Produktionslage. Denn die Auftragslage

hat sich nach dem starken Rückgang im dritten Quartal nicht wesentlich verbessert. Die Produktionserwartungen als weiterer vorlaufender Indikator sind zum zweiten Mal in Folge rückläufig (vgl. Tabelle).

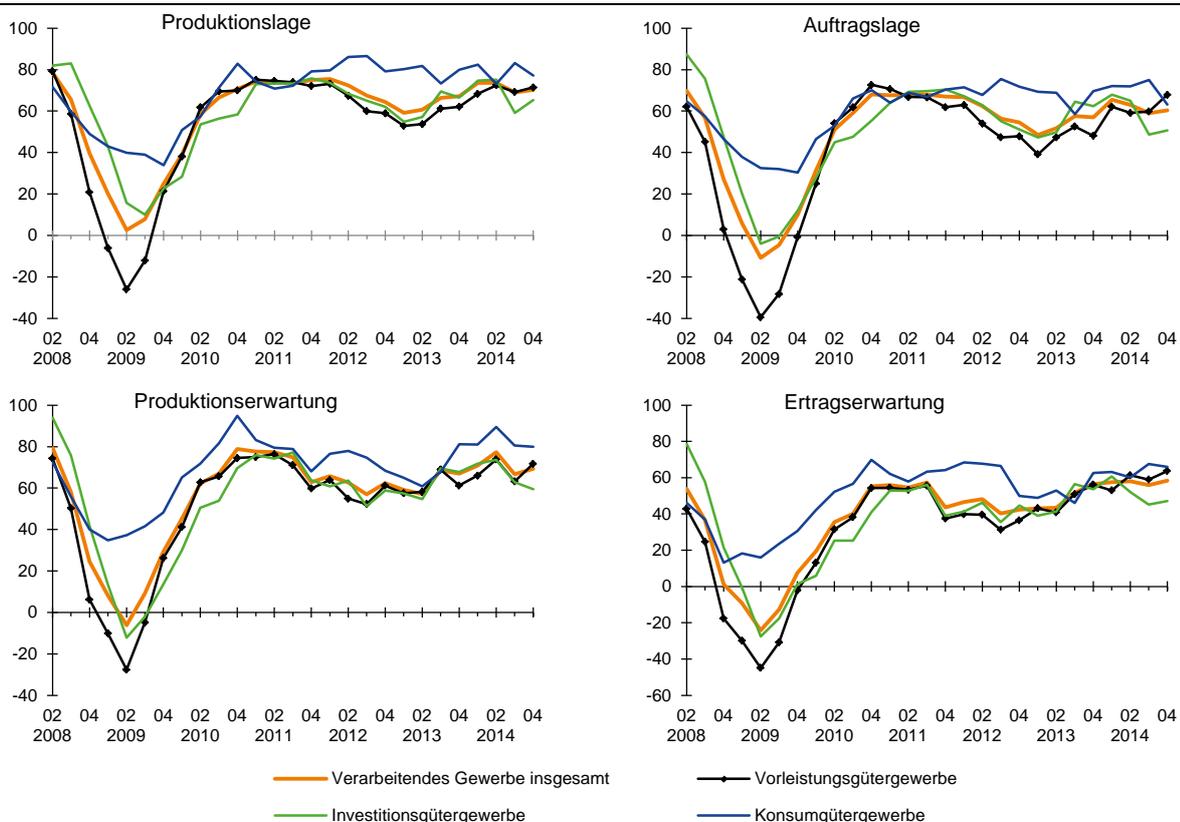
Die ostdeutschen Konsumgüterproduzenten beurteilen die Lage – auf hohem Niveau – geringfügig schlechter als im dritten Quartal. Die Aussichten haben sich spürbar eingetrübt. Dies dürfte wesentlich aus der Auftragslage resultieren, die gegenüber dem Vorquartal um zwölf Saldenpunkte schlechter beurteilt wird (vgl. Tabelle). Möglicherweise profitieren die ostdeutschen Produzenten weniger vom gegenwärtig recht guten Konsumklima in Deutschland, weil sie stark auf Verbrauchsgüter und weniger auf hochwertige Gebrauchsgüter orientiert sind.

Cornelia.Lang@iwh-halle.de

Abbildung 2:

Produktionslage, Auftragslage, Produktions- und Ertragserwartungen laut IWH-Industrienumfragen

Salden^a, saisonbereinigte Quartalswerte



IWH

^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („gut“ bzw. „eher gut“) und negativen („schlecht“ bzw. „eher schlecht“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die [IWH-Website](#), „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Tabelle:

Ergebnisse der IWH-Umfragen im ostdeutschen Verarbeitenden GewerbeSalden^a, saisonbereinigte Quartalswerte

	4/12	1/13	2/13	3/13	4/13	1/14	2/14	3/14	4/14
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt									
Lage	54	47	48	53	55	65	64	61	67
Aussichten	50	50	48	62	64	66	70	64	65
Produktion	64	59	61	66	67	74	74	69	70
Auftragslage	54	49	52	58	57	65	63	59	60
Liquidität	54	47	54	56	59	63	57	60	53
Produktionserwartungen	62	59	57	68	67	71	77	67	69
Ertragserwartungen	42	43	43	52	56	58	58	56	58
Vorleistungsgütergewerbe									
Lage	45	41	42	42	47	58	57	65	72
Aussichten	37	48	46	58	65	60	69	66	65
Produktion	59	53	54	61	62	68	72	69	71
Auftragslage	48	39	47	53	48	62	59	60	68
Liquidität	54	49	53	57	57	62	54	56	50
Produktionserwartungen	61	57	58	69	61	66	74	63	72
Ertragserwartungen	37	43	41	51	56	53	61	59	64
Investitionsgütergewerbe									
Lage	53	43	47	64	59	70	67	50	58
Aussichten	55	47	45	71	61	69	72	54	63
Produktion	62	55	57	69	67	75	75	59	65
Auftragslage	51	47	50	65	62	68	65	49	51
Liquidität	59	47	57	57	63	69	60	58	47
Produktionserwartungen	59	57	55	69	68	72	74	63	59
Ertragserwartungen	45	39	41	56	54	61	52	45	47
Konsumgütergewerbe									
Lage	72	65	62	61	71	75	77	74	72
Aussichten	70	61	61	62	70	73	71	73	67
Produktion	79	80	82	73	80	82	73	83	77
Auftragslage	72	69	69	59	70	72	72	75	63
Liquidität	48	47	53	52	53	55	57	72	73
Produktionserwartungen	68	65	61	68	81	81	89	80	80
Ertragserwartungen	50	49	53	46	63	63	60	68	66

^a Die Salden der dargestellten Größen werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („guten“ bzw. „eher guten“) und negativen („schlechten“ bzw. „eher schlechten“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen als Ursprungswerte und in saisonbereinigter Form siehe die [IWH-Website](#), „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Isolation and Innovation – Two Contradictory Concepts? Explorative Findings from the German Laser Industry

In der Studie wird eine Netzwerkperspektive zugrunde gelegt und die Entstehung von Kern-Peripherie-(CP-)Strukturen in Innovationsnetzwerken untersucht, um den Zusammenhang zwischen Isolation und Innovation vertiefend zu beleuchten. In bisherigen Studien wurde argumentiert, dass die Lage eines Unternehmens in dicht verknüpften Bereichen eines Netzwerks seine Fähigkeit verbessert, auf Informationen zuzugreifen und technologisches Wissen zu absorbieren. Dies erlaubt es solchen Unternehmen, neue Produkte und Dienstleistungen in einem höheren Maße zu generieren als weniger integrierte Konkurrenzunternehmen. Die Bedeutung peripherer Positionen für Innovationsprozesse ist jedoch ein in der Literatur bisher weitestgehend vernachlässigter Aspekt. Isolation kann ein einzigartiges Umfeld bereitstellen, das Innovationen induzieren kann, die anderenfalls niemals entstanden wären. Solche Innovationen können die Grundlage für den Pfad eines Unternehmens in Richtung des Netzwerk-Kerns bilden.

Muhamed Kudic, Wilfried Ehrenfeld, Toralf Pusch: Isolation and Innovation – Two Contradictory Concepts? Explorative Findings from the German Laser Industry. IWH-Diskussionspapiere Nr. 1/2015, <http://www.iwh-halle.de/d/publik/disc/1-15.pdf>.

Corporate Taxation and Firm Location in Germany

Der deutsche Länderfinanzausgleich ist durch eine starke Nivellierung der Finanzkraft der Bundesländer gekennzeichnet. Dies geht mit negativen Anreizen für die Finanzverwaltungen der Bundesländer einher. Mit Blick auf das Auslaufen des Länderfinanzausgleichs im Jahr 2019 werden derzeit Reformoptionen diskutiert, unter anderem eine Erhöhung der Steuerautonomie der Bundesländer, in deren Rahmen den Ländern ein Zuschlagsrecht bei der Einkommensteuer eingeräumt und im Gegenzug der Ausgleichstarif im Länderfinanzausgleich verringert werden könnte. Eine derartige Reform würde jedoch bedeuten, dass gerade die finanzschwachen Bundesländer relativ hohe Zuschlagssätze erheben müssten, um ähnlich hohe Einnahmen je Einwohner zu erzielen wie die finanzstarken Länder. Sofern sich dies negativ auf die Unternehmensansiedlungen in finanzschwachen Bundesländern auswirkt, würde deren Finanzkraft weiter geschwächt. Vor diesem Hintergrund untersucht der vorliegende Beitrag, ob bereits bestehende Unterschiede in der effektiven Steuerlast zwischen den Bundesländern die Unternehmensansiedlung beeinflussen. Im Ergebnis zeigt sich, dass ein solcher Einfluss in den vergangenen Jahren nicht bestand.

Götz Zeddies: Corporate Taxation and Firm Location in Germany. IWH-Diskussionspapiere Nr. 2/2015, <http://www.iwh-halle.de/d/publik/disc/2-15.pdf>.

Corporate Governance Structures and Financial Constraints in Multinational Enterprises – An Analysis in Selected European Transition Economies on the Basis of the IWH FDI Micro Database 2013 –

Die Untersuchung befasst sich mit der Frage, wie die Verteilung der Verantwortung für die Unternehmensfunktionen „Finanzierung“ und „Investitionen“ zwischen Mutter- und Tochterunternehmen die Finanzierungsrestriktionen im Tochterunternehmen beeinflusst. Auf der Basis von Unternehmensdaten der IWH-FDI-Mikrodatenbank und Finanzkennziffern aus der AMADEUS-Datenbank des Bureau van Dijk zeigt die Analyse, dass die Headquarter multinationaler Unternehmen (bisher) wenig Verantwortung an ihre ausländischen Töchter abgegeben haben. Eine hohe Konzentration von Verantwortung im Mutterkonzern geht mit großen Finanzierungsrestriktionen im Tochterunternehmen einher. Dieser Effekt nimmt jedoch ab und wird schließlich insignifikant, wenn sich die Entscheidungsbefugnisse vom Mutter- zum Tochterunternehmen verschieben. Um Investitionen nicht zu gefährden, sollte die Wirtschaftspolitik also Anreize schaffen, möglichst viel Verantwortung und Entscheidungsbefugnisse im Tochterunternehmen zu belassen.

Andrea Gauselmann, Felix Noth: Corporate Governance Structures and Financial Constraints in Multinational Enterprises – An Analysis in Selected European Transition Economies on the Basis of the IWH FDI Micro Database 2013 –. IWH-Diskussionspapiere Nr. 3/2015, <http://www.iwh-halle.de/d/publik/disc/3-15.pdf>.

Veranstaltungen:

25. und 26. Februar 2015 in Halle (Saale): Workshop „Perspectives for Future Research on European Urban Development“

Cities all over the world have a very prominent function for generating creativity and economic growth. The institutional conditions for this function differ a lot between nations, not least between Russia and Germany. The Workshop shall promote the exchange of research results on the impact of these differences on the local economy. The main focus is laid on the urban system in Russia.

17. und 18. Juli 2015 in Halle (Saale): IWH Workshop on Firm Exit and Job Displacement

The Department of Structural Change and Productivity of the Halle Institute for Economic Research (IWH) is organizing a workshop on firm exit and job displacement to be held in Halle (Saale) on July 17-18, 2015.

Keynote Speaker:

Till von Wachter (University of California Los Angeles)

27. und 28. August 2015 in Halle (Saale): 1st IWH-FIN-FIRE Workshop on „Challenges to Financial Stability“

The Halle Institute for Economic Research (IWH) and the FIRE research centre at Frankfurt School of Finance & Management are organizing a joint Workshop on „Challenges to Financial Stability“ on August 27th and 28th, 2015, to be held in Halle (Saale). The workshop provides a platform to discuss changes in the regulatory framework of the financial sector, their impact on financial stability, and consequences for the real sector.

Keynote Speakers:

Claudia M. Buch (Deutsche Bundesbank)

Elena Carletti (Bocconi University)

Durchgeführte Veranstaltung:

18. Februar 2015 in Halle (Saale): „Von der Transformation zur Europäischen Integration – 25 Jahre Wirtschaftsentwicklung in den Neuen Ländern“

Unter dem Titel „Von der Transformation zur Europäischen Integration – 25 Jahre Wirtschaftsentwicklung in den Neuen Ländern“ stellte das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) gemeinsam mit Partnern der Universitäten in Mitteldeutschland Forschungsergebnisse zu 25 Jahren Wirtschaftsentwicklung in den Neuen Ländern vor. Die Tagung wurde mit einem Vortrag des Ministers für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt, Hartmut Möllring, zum Thema „Ein Vierteljahrhundert des wirtschaftlichen Aufbaus in Sachsen-Anhalt: Erreichtes und künftige wirtschaftspolitische Herausforderungen“ eröffnet. Die darauffolgenden Vorträge befassten sich unter anderem mit Fragen der Produktivitätsentwicklung, der Einkommenskonvergenz, des Gründungsgeschehens und den Forschungsaktivitäten in den Neuen Ländern. Einen Höhepunkt der Tagung bildete ein Podiumsgespräch zum Thema „Aufbau Ost – mittendrin oder abgeschlossen?“ unter Beteiligung von Persönlichkeiten aus Unternehmen, Politik und Wissenschaft. Am Podium nahm auch der Präsident des IWH, Professor Reint E. Gropp, Ph.D., teil.

Wirtschaft im Wandel, Jg. 20 (6), 2014

Reint E. Gropp
Grußwort

Daniel Fackler
Aktuelle Trends:
Betriebsschließungen in Deutschland:
Konvergenz zwischen Ost und West

Hans-Ulrich Brautzsch
Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland:
Beschäftigungsrückstand gegenüber dem Westen
etwas geringer als bisher ausgewiesen

Martin Altemeyer-Bartscher
Eine flexible Ländersteuer bei einem hohen Ausgleich
von Finanzkraftunterschieden

Mirko Titze
Im Fokus:
Sächsische Kooperationsstrukturen
im 7. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen
Union

Matthias Wieschemeyer
15th IWH-CIREQ Macroeconometric Workshop:
„Identification and Causality“

Externe Publikationen

Buch, Claudia M.; Hilberg, B.; Tonzer, Lena
Taxing Banks: An Evaluation of the German Bank Levy,
in: Deutsche Bundesbank Discussion Paper No.
38/2014, 2014, 1-36.

Gauselmann, Andrea
Post-transition Regions as Locations for Foreign Direct
Investment of Multinational Enterprises, in: Elektronische
Hochschulschrift, Martin-Luther-Universität Halle-
Wittenberg, Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche
Fakultät. Halle (Saale) 2014.

Pippel, Gunnar
R&D Cooperation for Non-technological Innovations,
in: Economics of Innovation and New Technology,
Vol. 23 (7), 2014, 611-630.

IWH-Diskussionspapiere

Kudic, M.; Ehrenfeld, Wilfried, Pusch, T.
Isolation and Innovation – Two Contradictory
Concepts? Explorative Findings from the German Laser
Industry
Nr. 1/2015, Januar 2015.

Zeddies, Götz
Corporate Taxation and Firm Location in Germany
Nr. 2/2015, Januar 2015.

Gauselmann, Andrea; Noth, Felix
Corporate Governance Structures and Financial
Constraints in Multinational Enterprises – An Analysis in
Selected European Transition Economies on the Basis of
the IWH FDI Micro Database 2013 –
Nr. 3/2015, Januar 2015.

Impressum

Herausgeber:
Prof. Reint E. Gropp, Ph.D.
Prof. Dr. Oliver Holtemöller
Prof. Dr. Michael Koetter
Prof. Dr. Steffen Müller
Dr. Herbert S. Buscher
Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld

Redaktion: Dipl.-Volkswirt Tobias Henning
Layout: Ingrid Dede
Telefon: +49 345 7753 738/721
Telefax: +49 345 7753 718
E-Mail: Tobias.Henning@iwh-halle.de

Verlag:
Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)
Telefon: +49 345 7753 60
Telefax: +49 345 7753 820
Internet: <http://www.iwh-halle.de>

Erscheinungsweise:
6 Ausgaben jährlich

Bezugspreis:
Einzelheft: 4,50 Euro
Jahresbezug: 24,00 Euro

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet, Beleg erbeten.

Druck:
Grafisches Centrum Cuno GmbH & Co. KG
Gewerbering West 27, D-39240 Calbe
Telefon: +49 39291 428-0

Wirtschaft im Wandel, 21. Jahrgang
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20. Februar 2015